

Die Regierung

Die Mitglieder der Regierung und der Premierminister werden für ihr Verhalten während der Krise des vietnamesischen staatseigenen Schiffbau-Konglomerats nicht bestraft. Dessen Zusammenbruch mit drei Milliarden Euro Verbindlichkeiten hatte die weltweite finanzielle Reputation Vietnams schwer beschädigt. Der stellvertretende Ministerpräsident, Nguyen Sinh Hung, berichtete der Nationalversammlung über die Untersuchungsergebnisse der Partei Kontroll-Kommission zum Vinashin-Skandal. Der stellvertretende Ministerpräsident sagte, der Premierminister und einige Kabinettsmitglieder hätten in der Behandlung der Krise des Konglomerats Mängel gezeigt und Fehler gemacht. Diese seien aber nicht so schwerwiegend, als dass das Politbüro Sanktionen gegen diese Personen verhängt hätte. Das Politbüro forderte die Regierungsmitglieder auf, aus diesen Erfahrungen zu lernen. Der Ex-Vorsitzende von Vinashin und andere hochrangige Bosse des Unternehmens sitzen allerdings in Haft und warten auf ihren Prozess wegen Verletzung der Regularien für das Führen staatlicher Unternehmen. Von Beobachtern des Finanzmarktes wird der Vinashin-Skandal als symptomatisch für die tieferliegenden Probleme der staatlichen Großkonzerne angesehen, und hat zu einem Vertrauensverlust in Vietnams Kreditwürdigkeit geführt.

vgl. AFP 21.3.2011

Wahlen zur 13. Nationalversammlung

Am 22. Mai 2011 fanden die Wahlen zur 13. Nationalversammlung und zu den Volksräten auf allen Ebenen statt. Aus den Wahlergebnissen lässt sich einiges über die Zusammensetzung der Nationalversammlung ablesen. Die 13. Nationalversammlung soll knapp 500 Delegierte haben. Es ist vorgesehen, dass 165 davon Vollzeit-Abgeordnete seien werden, jede Provinz entsendet eine(n) Abgeordnete(n), Hanoi und Ho Chi Minh Stadt je zwei. Andere Vollzeit-Abgeordnete werden von den zentralen Dienststellen, wie dem Büro des Präsidenten (3), der Partei (11), der Regierung (20), den Streitkräften (16) und der Vietnamesischen Vaterländischen Front und ihren Mitgliedsorganisationen (31) gestellt.

Schwierig bleibt auch wieder die Zusammenstellung der gesamten Nationalversammlung, soll sie doch alle Gruppen und nationalen Minderheiten repräsentieren und dabei auch bestimmte Quoten erfüllen. So war bei der letzten Wahl zur Nationalversammlung eine Frauenquote von 30 Prozent vorgegeben, aber nicht erreicht worden. 2011 sollen wieder etwa 30 Prozent Frauen der Nationalversammlung angehören. Ebenfalls 30 Prozent der Abgeordneten sollen unter 40 Jahre alt sein, damit sie auch noch in den nächsten Le-

gisaturperioden der Nationalversammlung angehören können. Wiedergewählte Abgeordnete sollten etwa 40 Prozent sein und auch für die Nicht-Parteimitglieder ist eine Quote von 15-20 Prozent vorgesehen. Hier wurde aber ausdrücklich auf die Abhängigkeit vom Wählerwillen hingewiesen.

Die neugewählte 13. Nationalversammlung wird am 21. Juli 2011 für eine 22-tägige Sitzungsperiode zusammentreten. Hauptaufgabe dieser Sitzungsperiode werden die Wahlen zu den verschiedenen Gremien sein. Beginnend mit dem Vorsitzenden der NV, seinen Stellvertretern und den Mitgliedern des ständigen Komitees der NV, beginnt dann die Wahl des Präsidenten, des Premierministers, des Vorsitzenden des Volksgerichtshofs und der Staatsanwaltschaft, der Minister und Mitglieder des Rats für Verteidigung und Sicherheit. An der Spitze des Staates wird es bei den Wahlen keine Überraschungen geben, hat doch die Partei die Verteilung der Macht zwischen Parteichef Nguyen Phu Trong, Staatspräsident Truong Tan Sang und Ministerpräsident Nguyen Tan Dung auf dem elften Parteitag festgeschrieben.

vgl. BBC News 19.1.2011, VNA
23.3.2011, VNA 26.4.2011

10 Mio. Tonnen Reis

Im März 2011 beendeten die Reisbauern der Mekong-Delta-Provinzen die Winter-Frühjahrs-Reisernte und brachten mehr als zehn Millionen Tonnen Reis ein. Das entspricht auf einer Anbaufläche von 1,63 Millionen Hektar einem Ertrag von 6,3 Tonnen Reis pro Hektar.

vgl. nhandan-online 24.3.2011

Le Hoang Hung

Der am 31.1.2011 an seinen schweren Brandverletzungen verstorbene Reporter ist nicht das Opfer seines Berufs in einem schwierigen Umfeld geworden. Am 20. Februar 2011 meldete die Polizei die Festnahme von Tran Thuy Lieu, seiner Ehefrau. Sie soll gestanden haben, ihren Mann mit Chemikalien übergossen und ihn dann angezündet zu haben. Als Tatmotiv wurde ein häuslicher Konflikt um ihre Spielsucht genannt.

vgl. dpa 21.2.2011

kurz notiert

Fest entschlossen

Der stellvertretende Premierminister, Nguyen Thien Nhan, berichtete den Abgeordneten der Nationalversammlung, dass Vietnam fest entschlossen sei, den Weg in die Atomtechnik weiter zugehen. Alle wichtigen technischen, finanziellen und gesetzlichen Voraussetzungen sind gegeben oder werden in den nächsten Monaten fertiggestellt. Der Bau des ersten Reaktors in Ninh Thuan soll 2014 beginnen und ab 2020 Strom ins vietnamesische Netz einspeisen. Der zweite Reaktorblock soll mit einjähriger Verzögerung gebaut werden und entsprechend später ans Netz gehen. Ebenfalls in der zentralen Küstenregion sollen

zwei Reaktoren mit japanischer Hilfe gebaut werden. Hier ist der Baubeginn auf 2015/2016 festgelegt und der Produktionsbeginn wird für 2021 erwartet. Weitere Kraftwerke mit jeweils zwei Reaktoren sollen bis 2030 fertiggestellt werden. Während eine Reihe von Abgeordneten der Nationalversammlung ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, die Regierung möge alle Sicherheitsfragen gründlich und sorgsam prüfen, sprach der stellvertretende Ministerpräsident von einer wertvollen Lektion, die das Desaster in Fukushima für die vietnamesische Regierung darstellt.

vgl. BBC 29.3., 30.3.2011

Die Banken

Während der Wirtschaftskrise hatte die vietnamesische Regierung für verbilligte Kredite gebürgt, um die Wirtschaft des Landes anzukurbeln. Die Staatsinspektion fand nun heraus, dass fünf Banken, die Vietnam International Bank, Military Bank, Techcombank, Sacombank und die Asia Commercial Bank, den Staatshaushalt um 160 Milliarden Dong (etwa fünf Millionen Euro) geschädigt haben. Die

Banken reichten die von der Regierung gestützten Kredite mit niedrigen vier Prozent Zinsen an nicht bedürftige Unternehmen weiter, die durch normale Anlagen dann einen Zinsgewinn erzielen konnten. Über ein strafrechtliches Vorgehen gegen die beteiligten Banken berichtete die vietnamesische Presse nicht.

vgl. Tien Phong 8.3.2011

Der Schwarzmarkt

Die vietnamesische Regierung ist bemüht, den vietnamesischen Dong zu stabilisieren und die Inflation zu begrenzen. Sie hatte deshalb den Dong im Februar auf 20.895 Dong je US\$ abgewertet. Die Schwarzmarkthändler setzten den Dong mit ihrem Kurs von 21.750 je US\$ allerdings weiter unter Druck. Daraufhin beobachteten die staatlichen Vertreter die Geschäfte der illegalen Geldwechsler, besonders die der privaten Goldshops, aber auch der Banken genauer und unterbanden illegale Geschäfte. Dabei wurden große illegale Dollarbeträge konfisziert. Die Inflationsratebetrug im Februar bei 12,3 %.

vgl. dpa 10.3.2011

Radioaktive Wolke

Am 9. April 2011 erreichte eine radioaktive Wolke vom erdbebenzerstörten Atomkraftwerk Fukushima Vietnam. In Ho Chi Minh Stadt, Ninh Thuan und Dalat wurden erhöhte Strahlenwerte gemessen. Das Ministerium für Wissenschaft und Technologie bewertete die Gesundheitsgefahren, die von den radioaktiven Isotopen I-131, Cs-134 und Cs-137 ausgehen, als gering für Mensch und Umwelt.

vgl. VoV 11.4.2011

Nguyen Dan Que in Untersuchungshaft

Einer von Vietnams prominentesten Pro-Demokratie-Aktivisten ist in Untersuchungshaft genommen worden, nachdem er im Internet zu einer Revolution gegen die kommunistische Regierung agitiert hatte. Im Internet forderte er, angegert durch die Ereignisse im Nahen Osten, »die kommunistische Diktatur wegzufegen und ein neues, freies, demokratisches, humanes und fortschrittliches Vietnam zu bauen.« Die Zeitung *Tuoi Tre* berichtete, dass der 69 Jahre alte Que von der Polizei in Ho Chi Minh Stadt in Untersuchungshaft gehalten wird. Bei der Durchsuchung seines Hauses sollen 60.000 Dokumente auf seinem Computer gefunden worden sein, die alle zur Revolution gegen die vietnamesische Regierung aufrufen.

vgl. AP 28.2.2011

Elektrizität aus Kambodscha

Ein Vertreter des kambodschanischen Energieministeriums gab jetzt zu, dass die Elektrizität, die mit dem umstrittenen Staudamm am unteren Sesan gewonnen werden soll, obwohl dieser für niedrigere Strompreise in Kambodscha sorgen soll, nach Vietnam exportiert werden wird. Es wird angenommen, dass nur etwa ein Prozent des Stroms Kambodscha zugute kommen wird, der Rest wird an die Nachbarn im Osten verkauft. Das beabsichtigte 816 Millionen Dollar Projekt in der kambodschanischen Provinz Stung Treng soll 400 Megawatt Strom erzeugen und im Laufe des Jahres 2011 gebaut werden. Es handelt sich hierbei um ein Joint Venture zwischen Kambodscha und Vietnam, mit Namen EVNI Joint Stock Company.

vgl. <http://www.phnompenhpost.com>,

1.6.2011

KURZ notiert